

- Brenke, Karl, »Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie«, in: *DIW Wochenbericht*, 79. Jg., 2012, H. 5, 3-15
- Busch, Klaus u.a., *Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell*, FES Internationale Politikanalyse, Berlin 2012
- Clauwaert, Stefan, u. Isabelle Schönmann, *Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten – eine Bestandsaufnahme in Europa*, ETUI Working Paper, Nr. 4, Brüssel 2012
- Demirovic, Alex, u. Thomas Sablowski, »Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa«, in: *Prokla*, 42. Jg., 2011, Nr. 166, H. 1, 77-106
- »Deutsche Industrie büßt massiv an Wettbewerbsfähigkeit ein«, in: *Financial Times Deutschland*, 21.6.2012 (zit. FTD 2012)
- European Commission (EC), *The Economic Adjustment Programme for Greece*, Occasional Papers 61, 2010 (zit. EC 2010)
- Featherstone, Kevin, »Varieties of Capitalism« and the Greek case: explaining the constraints on domestic reform?, GreeSE Paper Nr. 11, London School of Economics, 2008
- Imerisia, »GSEE: Die Arbeitslosigkeit bei 35 % in 2013!«, 1.2.2013
- Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo), *Fakten zu Griechenland und anderen Schuldnerstaaten der EU*, München 2010 (zit. Ifo 2010)
- Karamessini, Maria, »Sovereign debt crisis: an opportunity to complete the neoliberal project and dismantle the Greek employment model«, in: Lehndorff, Steffen (Hg.), *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis*, Brüssel 2012, 155-82
- Klatzer, Elisabeth, u. Christa Schlager, »Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution«, in: *Kurswechsel*, 29. Jg., 2011, H. 1, 61-81
- Lapavistas, Costas u.a., *Crisis in the Eurozone*, London 2012
- Naftemporiki, »Bedeutender Anstieg an Selbstmorden«, 22.11.2012
- Oberndorfer, Lukas, »Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise«, in: *Kurswechsel*, 30. Jg., 2012, H. 2, 62-7
- O Politis, »Extremer Anstieg in den letzten zwei Jahren«, 13.12.2012
- Rizospastis, »Sie sind vor Geld verrückt geworden«, 21.10.2010
- ders., »Angriff zu Lasten des Volkes ohne Zögern«, 25.5.2011
- skai.gr, »Neue Auswanderungswelle«, 18.5.2012
- Stathakis, George, »The fiscal Crisis of the Greek economy«, in: *Kurswechsel*, 28. Jg., 2010, H.3, 109-14
- Ta Nea, »Kinder werden in den Schulen Athens ohnmächtig vor Hunger«, 13.10.2011
- ders., »Die Jungen denken an eine Rückkehr aufs Land«, 27.3.2012
- ders., »Dramatischer Anstieg der Armut in Griechenland seit der Unterordnung unter das Memorandum«, 8.1.2013

Frank Deppe

## Probleme der politisch-strategischen Positionierung der Linken in der Eurokrise

### *Gesellschaftspolitische Konflikte im Orientierungsvakuum*

Eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unternommene Bestandsaufnahme zur Linken links von Sozialdemokratie und Grünen in Europa (vgl. Daiber/Hildebrandt/Sriethorst 2010) erbringt ein ernüchterndes Bild: Diese Linke ist schwach, oftmals zersplittert und ideologisch gespalten. Auch dort, wo sie vor einigen Jahrzehnten sehr stark war (z. B. mit den kommunistischen Parteien von Italien und Frankreich), hat sie sich nicht vom Umbruch 1989/90 erholen können. Die Hoffnung, dass sie in der Großen Krise seit 2008 und als Reaktion auf wachsende Arbeitslosigkeit und Austeritätspolitik wieder einen Aufschwung erleben würde, hat sich in den meisten Ländern nicht erfüllt. Bei den Wahlen haben sich oft Verschiebungen von der linken Mitte zur rechten Mitte ergeben. Zwar hat in Griechenland das linke Wahlbündnis Syriza in der zweiten Wahl des Jahres 2012 seinen Stimmenanteil von ca. 16 auf ca. 27 Prozent erhöht, aber es vervielfachte auch eine neofaschistische Partei ihre Stimmenzahl. In Frankreich 2012 siegten der Sozialist François Hollande und seine Sozialistische Partei bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, aber auch hier entwickelte sich der rechtspopulistische Front National zur stärksten Kraft im konservativen Lager.

Die Schwäche der radikalen linken Parteien wird auch nicht dadurch kompensiert, dass außerparlamentarische Organisationen und Bewegungen – wie z.B. die Gewerkschaften – die Führung des Kampfes übernommen hätten. Zwar hat in vielen Staaten die Zahl der Streiks, Protestdemonstrationen, auch der Generalstreiks gegen die herrschende Politik deutlich zugenommen (vgl. Gallas/Nowak/Wilde 2012), aber diese Aktionen haben bislang noch keine wirkliche Veränderung der Machtverhältnisse herbeiführen können. Auch haben nur wenige Gewerkschaften jene Verluste an organisatorischer und struktureller Macht ausgleichen können, die sie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts haben hinnehmen müssen (vgl. Deppe 2012). Autonome außerparlamentarische Protestbewegungen – wie die *Indignados* in Spanien oder die von New York und den USA ausstrahlende *Occupy*-Bewegung – haben in der medialen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt, sind jedoch starken Schwankungen unterworfen.

Nicht selten hört man linke Intellektuelle davon sprechen, dass wir in der Welt in eine »neue Periode sozialer Unruhe« eingetreten seien. Joseph Stiglitz scheut in seinem *Preis der Ungleichheit* große Vergleiche nicht: »Es gibt Momente in der Geschichte, in denen sich anscheinend überall auf der Welt Menschen erheben, um zu sagen, dass etwas nicht in Ordnung ist, und um Veränderungen zu fordern. Das Jahr 2011 wird sich vielleicht als ein Datum von ähnlicher Tragweite (wie die Jahre

1848 und 1968) erweisen.« (2012, 9). Aber so sehr sich auch Eindrücke von neuen Formen und Orten des sozialen Protestes verdichten: Die radikale, kapitalismuskritische Linke ist weit davon entfernt, zu einem realen Machtfaktor zu werden.

Die Schwäche der Linken in der EU manifestiert sich darüber hinaus darin, dass es zwischen den Parteien große Unterschiede in der politisch-strategischen Bewertung der europäischen Integration gibt. Einige Parteien – vor allem in Skandinavien – vertreten die Position der Beitrittsgegner und fordern den Austritt aus der EU und die Beseitigung der EU-Institutionen. Andere plädieren für pragmatische Akzeptanz und Veränderung von innen. Die Differenzen haben Tradition: Schon früh waren die großen kommunistischen Parteien in Westeuropa in ihrer Einstellung gegenüber der EWG und EG gespalten. Die französischen Kommunisten vertraten eine harte Anti-Linie, die italienischen hingegen seit den 1960er Jahren eher eine die europäische Integration positiv bewertende (vgl. Deppe 1976). Dabei plädierten sie für eine Europapolitik, die nicht von den konservativen und kapitalorientierten Kräften dominiert wird, für die Demokratisierung der Institutionen und für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen bzw. »der Völker«. Inzwischen haben sich – auch als Folge des Niedergangs der kommunistischen Bewegung – solche Differenzen etwas abgeschliffen. Die kommunistische Partei Zyperns (AKEL) etwa vertritt inzwischen einen eher pragmatischen Standpunkt, während sie früher – wie die KP Griechenlands (KKE) – zu den harten EU-Gegnern gehörten. In der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament sind die grundsätzlichen Unterschiede jedoch von unverändert großem Gewicht.

In der Eurokrise seit 2010 haben sich neue Differenzierungen innerhalb der Linken aufgetan. Einerseits gibt es weitgehende Übereinstimmung in der Benennung der Ursachen der Krise (Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus und des neoliberalen Regimes), in der Kritik an der ungleichmäßigen Entwicklung der Leistungsbilanzen der Mitgliedsstaaten sowie am Schuldenmanagement, der Fiskaldiktatur und dem deutschen Führungsanspruch (vgl. Lehndorff 2012). Andererseits wird heftig darüber gestritten, ob der Austritt aus der EU bzw. aus der Währungsunion *oder* der Kampf um eine »Neubegründung« europäischer Politik, die mit der neoliberalen Dominanz bricht, im Zentrum der Politik und Programmatik zu stehen habe. Damit verbunden ist die Frage, mit welchen anderen politischen und sozialen Kräften die Linke sich national und auf der europäischen Ebene verbünden muss, um einen Politikwechsel in der EU herbeizuführen.

### *Historische Erfahrungskontexte*

In der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde das Projekt »Vereinigte Staaten von Europa« früh diskutiert (vgl. Händel/Puskarev 2012). Leo Trotzki sah es am Beginn des Ersten Weltkriegs als Aufgabe, ein »neues Vaterland« zu schaffen, das »viel mächtiger und viel stabiler ist: die Vereinigten Staaten von Europa als Durchgangsphase zu den Vereinigten Staaten der Welt« (zit.n. Levi 1987, 665). Lenin antwortete mit einem Artikel »Über die Lösung der Vereinigten Staaten von

Europa«. Der Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus stehe im Zentrum der revolutionären Politik und Ideologie. Allerdings müsse bedacht sein: »Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexpansions und der Aufteilung der Welt durch die »fortgeschrittenen« und »zivilisierten« Kolonialmächte«, seien die Vereinigten Staaten von Europa »entweder unmöglich oder reaktionär«, letzteres z.B. als »zeitweilige Abkommen« der europäischen Kapitalisten darüber, »wie man gemeinsam den Sozialismus unterdrückt« (Lenin [1915] 1964, 759f). In ihrem Heidelberger Programm von 1925 verknüpfte die SPD den Kampf »mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus« mit einem Eintreten für die »aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen« (zit. n. Abendroth 1964, 112f). Die Anhänger solcher Projekte hatten keinen Zweifel daran, dass die Arbeiterklasse mit ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der unabdingbare Träger einer solchen revolutionären Vereinigung Europas sein würde.

Im Zweiten Weltkrieg wurde in den Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus und die deutsche Besatzung – z.B. im *Manifest von Ventotene* (1941/1944) mit dem Titel »Für ein freies und geeintes Europa« – das Projekt eines europäischen Bundesstaates entworfen. Die Autoren waren Sozialisten und Liberale, die auf der einen Seite die Konkurrenz der »souveränen Nationalstaaten« (Spinelli/Rossi 2001, 3) überwinden, auf der anderen die Gesellschaften revolutionieren wollten. Der Wille zu einer »antifaschistisch-demokratischen Neuordnung« im europäischen Rahmen war weit verbreitet. Das Projekt scheiterte jedoch nicht nur am Übergang zum Kalten Krieg, in dem die USA seit dem Marshallplan in Westeuropa darauf hinwirkten, Programme der »Aufhebung des Privateigentums« zu suspendieren und mittels OECD und NATO die ökonomische und politische Kontrolle über den Wiederaufbau zu behalten, sondern auch daran, dass sich die föderalistische Idee an den Machtinteressen der Staaten brachen, die die Europapolitik stets auch unter dem Gesichtspunkt der nationalen Interessen *und* der Kontrolle Westdeutschlands betrieben. Marshallplan und Montanunion (EGKS) waren eben auch Programme zur Formierung eines antikommunistischen Blocks in Westeuropa im American Empire (vgl. Haberl/Niethammer 1986). Der Ansatz des Föderalismus, dass die Gründung der Union den gemeinsamen politischen Willen zur Überwindung der nationalen Macht- und Interessenpolitik voraussetze, wurde in den 1950er Jahren durch eine an ökonomisch-funktionalem Denken orientierte Europa-Politik ersetzt, die mit der erfolgreichen Bildung eines gemeinsamen Marktes zugleich die materielle Basis für die behutsame, schrittweise Entwicklung einer politischen Union realisieren wollte.

Die Linke in Deutschland blieb nach 1989/90 in ihrer Haltung zur europäischen Integration ambivalent. Auf der einen Seite hat sie stets den Grundgedanken der Integration positiv bewertet: die Überwindung von Nationalismus und gleichzeitig die Einbindung Deutschlands in ein Institutionensystem, das zumindest die klassischen Formen der militärisch-politischen Hegemonie ausschließt. Auch die Entnationali-

sierung der Alltagskulturen (durch Reisen, Städtepartnerschaften, Schüleraustausch, wissenschaftliche Kooperation usw.) sind positive Aspekte der grenzüberschreitenden Integration und Verflechtung. Auf der anderen Seite konnten auch geringe sozialpolitische Fortschritte – die vor allem in den frühen 1990er Jahren von Sozialdemokraten gefeiert wurden – nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EG/EU ein kapitaldominiertes Elitenprojekt war, das immer stärker auf die Formierung Europas als »Global Player« abzielte (vgl. Bieling 2010).

Die Linke blieb sowohl in den politischen Entscheidungsprozessen als auch in den wissenschaftlichen Diskursen marginal. Auch der früher als »Vordenker« der deutschen Sozialdemokratie gepriesene Politikwissenschaftler Fritz W. Scharpf, der von den Folgen der Marktradikalisierung warnte und auf dem Gebiet der Währungs- wie der Sozialpolitik die Verteidigung nationaler »Errungenschaften« der Sozialdemokratie empfahl (1999), konnte sich kaum Gehör verschaffen. In den Führungen der Gewerkschaften dominierten diejenigen Stimmen, die darauf bestanden, dass die deutschen Gewerkschaften nicht »europafeindlich« sein dürften. Dahinter verbarg sich oftmals die von den Betriebsratsvorsitzenden großer exportorientierter Unternehmen von den Unternehmensleitungen übernommene Einschätzung, dass der Euro gut sei für die deutschen Exporte, d.h. für die Arbeitsplätze in der Branche. Seit der Einführung des Euro im Jahre 2000 sind die Leistungsbilanzüberschüsse der deutschen Wirtschaft in der Tat kontinuierlich angestiegen (Lehndorff 2012, 92) – und haben auf der anderen Seite die Defizite der schwachen Partnerländer in der EU nach oben getrieben.

#### *Aktuelle Krisendynamiken*

Die Große Krise begann in den USA in der zweiten Jahreshälfte 2007 im Immobiliensektor. Die Staaten der EU wurden allerdings nach 2008 erheblich stärker vom anschließenden Einbruch der Konjunktur erfasst. Dabei zeichnete sich schnell eine Nord-Süd-Spaltung ab. Während sich eine Gruppe von Ländern um Deutschland ab 2009 schnell aus der Rezession befreien konnte, stieg in den am meisten von der Krise betroffenen Staaten (Griechenland, Spanien, Portugal, Irland) die Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2012 dramatisch an. Gleichzeitig erhöhte sich die öffentliche Verschuldung, so dass sich bald Staatsbankrotte bzw. Insolvenzen und die damit verbundene Katastrophe für das Bankensystem abzeichneten. Die internationalen Finanzmärkte und die Rating-Agenturen reagierten mit Zinsaufschlägen für die Anleihen der Krisenstaaten, die oft schon auf »Ramsch« abgewertet waren. So wuchs die Gefahr, dass sich diese Krisen vom Rand ins Zentrum und auf große Staaten der EU wie Italien, Frankreich, aber auch Großbritannien – das nicht der Eurozone angehört, gleichwohl einen der großen Finanzplätze in der EU beheimatet – ausweiten und insbesondere das gesamte mit dem Euro verbundene Finanzsystem destabilisieren könnte. Das Krisenmanagement der EU – unter deutscher Führung – verband die verschiedenen »Rettungsmaßnahmen« mit einer rigiden, institutionell abgesicherten Politik des Schuldenabbaus. Dieses Regime, das die Euro-Staaten zu einer »disziplinierten«

Finanz- und Wirtschaftspolitik anhalten soll, macht die Bewilligung von Hilfgeldern von massiven Eingriffen in die Lohnpolitik, die Renten sowie in die Sozialsysteme abhängig. Dazu kommen weitere Privatisierungsmaßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs und der Wissenschaft. Bis 2012 haben diese Maßnahmen zwar das Auseinanderbrechen des Euro bzw. der Eurozone verhindert, sie haben jedoch die am meisten von der Krise betroffenen Südstaaten der EU weiter in die Krise gedrückt und damit die sozialen Katastrophen verstärkt. Das Schuldenmanagement verfolgt verschiedene Ziele: Zunächst soll der Zusammenbruch von überschuldeten Staaten verhindert werden. Gleichzeitig müssen die Staaten, die sich unter den »Rettungsschirm« der EU begeben, umfangreiche »Reformmaßnahmen« im Innern durchführen, die der neoliberalen Agenda der Privatisierung, der Entstaatlichung, des Sozialabbaus und der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten entsprechen. Mit der Fiskaldiktatur werden zugleich Elemente der nationalen Souveränität, vor allem aber der parlamentarischen Demokratie außer Kraft gesetzt. Der »autoritäre Wettbewerbsetatismus« (Oberndorfer 2012) vertieft die Spaltungen in der EU – zwischen den Staaten und Regionen, zwischen Armut und Reichtum, zwischen Eliten und Volk, auch zwischen verschiedenen Programmen der Anti-Krisen-Politik. Auf dem Boden dieser Spaltungen blühen nationalistische Ressentiments, die sich in vielen Staaten gegen Deutschland und seine Regierung richten; denn die Fiskaldiktatur wird – über die EU-Institutionen und die Troika – wesentlich von Deutschland oktroyiert. Dabei werden unvermeidlich historische Erfahrungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der faschistischen Besatzung aktiviert.

Gleichwohl kann die Rolle Deutschlands im EU-Krisenmanagement nicht auf einen Führungs- und Hegemonieanspruch Deutschlands in der EU reduziert werden. Selbstverständlich steht bei der deutschen Regierungspolitik die Rettung der Banken und des Finanzsystems, zugleich die Stärkung der Position der deutschen Wirtschaft, die immer noch knapp 60 Prozent ihrer Exporte in die EU absetzt, im Vordergrund. Gleichzeitig wird jedoch diese deutsche Führungsrolle von weiten Teilen der Bourgeoisie in der EU akzeptiert oder sogar begrüßt. Der Grund dafür ist zunächst einmal die Anerkennung der starken Position der deutschen Wirtschaft in der EU, aber auch das Interesse, über die Fiskaldiktatur die Position im eigenen Lande gegenüber den Gewerkschaften, der politischen Linken usw. zu stärken. Schließlich konvergieren diese Interessen auch mit dem »Global Player«- Konzept. Die Eliten in der EU wissen, dass die einzelnen Nationalstaaten – auch Deutschland oder Frankreich – in diesem Prozess, der von den alten und neuen Großmächten bestimmt wird, immer eine nur marginale Rolle spielen können. Diese Einsicht wurde vor der Krise immer wieder klar formuliert und löste eine Debatte über einen möglichen »Euroimperialismus« aus (vgl. Bieling 2010, 222ff).

Das »Global Player«- Projekt wird in der Krise keineswegs aufgegeben. Vor allem die deutsche Regierung sieht in der Rettung der EU und des Euro sowie in der Nutzung der Chance, in der Krise die politische Integration – als Fiskaldiktatur – voranzutreiben, gleichsam die Voraussetzung dafür, die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt (in der Konkurrenz mit Nordamerika und den BRIC-

Staaten) aufrechtzuerhalten bzw. einen dramatischen Rückfall zu verhindern. Die Wahrnehmung dieses Interesses hat freilich einen hohen Preis: Deutschland muss bereit sein, über die Rettungsschirme und die Politik der Europäischen Zentralbank Risiken zu übernehmen. Diese werden jedoch im eigenen Lande von einer Mehrheit der Bevölkerung – einerseits aus der Erfahrung des eigenen sozialen Abstieges, andererseits aus Gründen des »Wohlstandschauvinismus« – abgelehnt. Zudem vertieft Politik nicht nur die sozialen Spaltungen im eigenen Lande, sondern auch und vor allem die sozialen Spaltungen in der EU insgesamt – sowohl gegenüber den Südländern als auch gegenüber weiten Teilen Ost- und Südosteuropas. Mit der Austeritätspolitik werden diese Spaltungen auf Dauer zementiert.

#### *Krisendiagnosen und strategisch-programmatische Initiativen*

Angesichts dieser komplexen Problemkonstellation ist es für die Linke schwierig, a) die Vermittlung zwischen den verschiedenen Ebenen der Analyse und der praktischen Politik (vor Ort, national und auf EU-Ebene) herzustellen und b) in der Auseinandersetzung mit der Herrschaftskonstellation und Ideologie einen Begriff der Krise mit einer Programmatik zur Krisenüberwindung sowie einer demokratischen und sozial gerechten Alternative zu verbinden.

Bei der Analyse der Ursachen besteht meist ein relativ hohes Maß an Übereinstimmung: Die Formation des globalen Finanzmarktkapitalismus ist mit der großen Krise seit 2008 in eine Phase des Legitimationsverfalls und der Stagnation geraten, in der die Austeritätspolitik zugleich die Grenzen der Überwindung der Krise in der Logik der Profitproduktion (»strukturelle Überakkumulation«) markiert. Merkmale dieser großen Krise sind a) das Ausmaß der Verselbständigung der Schuldenökonomie, b) die kapitalistische Durchdringung der Welt (Globalisierung) nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres »Lagers« und der Öffnung Chinas nach 1978 und c) die Schwäche der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung als Gegenmacht, die das Krisenmanagement auch zu Zugeständnissen an die linke Opposition zwingt oder die in der Lage ist, die politische Macht als Voraussetzung sozialökonomischer Veränderungen zu erobern.

Die politischen Optionen der Linken beziehen sich freilich stets auch auf die Prognosen von Ökonomen über den weiteren Verlauf der Krise. Die linksradikalen Strategien, die einen Bruch mit der herrschenden Europa-Politik und der EU fordern und im eigenen Lande auf eine sozialistische Alternative orientieren, beziehen sich meist auf Katastrophenszenarien, wie sie auch in der herrschenden Ökonomie gepflegt werden – etwa solche, die einen »Tsunami« an Schulden und Inflation voraussagen. Andere konzentrieren sich auf die Frage, ob und wie die Regierungen in der EU, die EU-Institutionen und die EZB in der Lage sein könnten, die Krise in den Griff zu bekommen, d.h. eben das Eintreten der Katastrophenszenarien zu verhindern. Auf diese Einschätzung stützen sich eher jene linken Alternativvorschläge, die von einem Erhalt der EU und auch des Euro ausgehen, aber innerhalb des Systems Alternativen – bis hin zu einer »Neubegründung« der EU – vorschlagen.

Aus solchen Krisendiagnosen leiten sich auch Forderungen der radikalen europäischen Linken ab: Liquidierung der Schuldenberge (u.a. durch Schuldenschnitt), Ausbau eines öffentlichen Sektors der Wirtschaft und Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung der Banken und Neuordnung des Finanzsektors, Umverteilung von oben nach unten (Steuerpolitik), radikale Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung innerhalb der EU und der Weltwirtschaft, um die »Beggar-my-Neighbour«-Politik einzudämmen; regionale und globale Programme zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, der Energiewende und der Umweltzerstörung (Wasser, Boden, Luft). Diese programmatischen Orientierungen, die sich zugleich als Teil einer Transformationsperspektive jenseits der Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse verstehen, werden freilich erst dann reale politische Kraft erlangen, wenn a) die Legitimationsbasis der herrschenden Politik zerfällt und b) durch den Druck von sozialen Bewegungen von unten sowie durch Veränderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse im Ergebnis von Wahlen die realen Möglichkeiten von Machtveränderungen sich abzeichnen. Da es aber handlungsfähige *europäische* Subjekte einer progressiven Politik – z.B. eine »europäische Arbeiterklasse«, aber auch europäische Verbände und Parteien – nicht oder nur in Ansätzen gibt, und da eine Veränderung der europäischen Politik (im Institutionensystem der EU) nur über Veränderungen in den nationalen Macht- und Kräfteverhältnissen denkbar ist, folgt daraus, dass die Vermittlungsarbeit im Mehrebenensystem einer alternativen Politik stets vom Primat derjenigen Politikebene ausgehen muss, auf die sie unmittelbar Einfluss nehmen kann.

Zuweilen ertönen von links die Fanfarenstöße einer revolutionären Beschwörung des Kampfes gegen den Kapitalismus, die Krise und die EU. Die Krise müsse den Weg für eine sozialistische Alternative öffnen. Rationale Bestandteile der Kritik des Kapitalismus und der Analyse der Großen Krise verschmelzen mit einer revolutionären Phraseologie, die gelegentlich an die »ultralinke Wende« der Kommunistischen Internationale nach dem VI. Weltkongress (1928) erinnert, die selbst noch zur Niederlage der Linken gegenüber dem Faschismus im Jahre 1933 beigetragen hat. Solche Aufrufe leiden jedoch offensichtlich darunter, dass das von ihnen angerufene »revolutionäre Subjekt« entweder nur als Abstraktion existiert oder in einem Tiefschlaf versunken ist, dessen Ende sich zumindest in den Gesellschaften des Westens nirgendwo abzeichnet. Die realen Protestbewegungen, die die Herrschaft des Finanzmarktkapitalismus und das Austeritätsregime kritisieren, entsprechen oftmals gerade nicht solchen Abstraktionen. Daher werden sie von Ultralinks aus auch als tendenziell schwankend und »kleinbürgerlich-opportunistisch« kritisiert. Solange allerdings die »Arbeiterklasse« (wie immer diese heute auch definiert wird) sich passiv verhält, muss solche Kritik, die sich auch gegen linkssozialistische Formationen (wie z.B. Syriza in Griechenland) richtet, immer wieder Ansätze für die Mobilisierung einer Massenbasis gegen die herrschende Politik blockieren.

In diesen linksradikalen Milieus wird auch Lenins »Imperialismusanalyse« als nach wie vor gültiges Analysekonzept der heutigen Welt verteidigt – oftmals verbunden mit dem Vorwurf gegen »Abweichler«, die den Imperialismus heute

nicht mehr aus dem Begriff des »Monopolkapitals« ableiten. Mit der Großen Krise, so die Argumentation, nehmen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten zu; innerhalb der EU strebe Deutschland danach, sich den gesamten EU-Raum als eine deutsche Herrschaftssphäre zu unterwerfen. Solche Analysen negieren die Verflechtungen innerhalb der globalen kapitalistischen Ökonomie und die darin eingeschlossenen Veränderungen in den Beziehungen von Nationalstaat und Kapital. Die global tätigen Konzerne und Banken können längst nicht mehr – obwohl national basiert – als die Treiber einer imperialistisch-chauvinistischen Politik angesehen werden, die sich auf die Macht eines imperialistischen Staates stützt, um den Anspruch des nationalen Monopolkapitals – gegen seine Konkurrenten – international mit Gewalt durchzusetzen. Die Bourgeoisien sind nicht mehr ausschließlich national zu definieren; sie sind vielfältig transnational verflochten und vernetzt, auch innerhalb der Konzernstrukturen. Das gleiche gilt für die imperialistischen Staaten, die gemeinsame und partikuläre Interessen vertreten. Nach wie vor besteht innerhalb dieses System die ökonomische und politisch-militärische Vorherrschaft der USA – auch wenn sich diese im Vergleich zum zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts, vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges, neu konfiguriert hat (vgl. Deppe u.a. 2011; Panitch/Gindin 2012).

Fast ebenso radikal erschallt von links der Ruf nach einem Austritt aus der Währungsunion, was eine Rückkehr zu flexiblen Wechselkursen bedeuten würde. Hier differenzieren sich allerdings die Positionen: Eine »radikale linke Strategie«, wie sie der griechische Ökonom Costas Lapavistas vorschlägt, würde natürlich »Europa in eine sozialistische Richtung drücken«. Die Auseinandersetzung mit der Lohnzurückhaltung in Deutschland, der Kampf gegen die Austeritätspolitik der EU und schließlich die »Restrukturierung der Wirtschaft« im eigenen Lande (wozu dann auch die Sozialisierung der Banken und eine neue Industriepolitik gehören würde) verlangten die Auflösung der Währungsunion und den Abschied von einer »europäischen Ideologie«, die nur als eine »imperiale Ideologie« gesehen werden könne (Lapavistas 2012a, 294ff). Griechenland müsse »Insolvenz anmelden«, um aus der Schuldenfalle herauszukommen, und aus der Währungsunion austreten. »Wir brauchen eine eigene nationale Währung. Wir müssen wieder in der Lage sein, eine eigene Geld- und Fiskalpolitik durchzuführen« (Lapavistas 2012b, 44f). Auch Ökonomen und Sozialwissenschaftler, die nicht für einen radikalen Systemwechsel plädieren, unterstützen die Forderung nach einer Rückkehr zum System der flexiblen Wechselkurse. Diese Position wiederholt zunächst einmal eine grundsätzliche Kritik an der Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis des Maastricht-Vertrages, die für das Ausmaß der ungleichen Entwicklung in der EU und der Eurokrise selbst verantwortlich gemacht wird. Zugleich verbindet sie sich mit einer inzwischen immer schärfer werdenden Kritik an der Zerstörung des »demokratischen Kapitalismus« der Nachkriegszeit, wie sie von Wolfgang Streeck (2011) in Übereinstimmung mit Fritz W. Scharpf, Martin Höpner und Jens Beckert vertreten wird. Mit der »derzeit in die Wege geleiteten technokratischen Disziplinierung der europäischen Nationen zur Durchsetzung von Austerität im Süden und

Kollektivhaftung (>Solidarität<) im Norden« werde die »Demokratie [...] auf nationaler Ebene [...] gegenstandslos«. Ihre Erosion werde von den »Kapitalmärkten« und den »Brüsseler Technokraten [...] sehnlich herbei« gewünscht (Beckert/Streeck 2012, 17). Streeck befürwortet auch den Ausstieg aus der Währungsunion, der die Möglichkeit der nationalen Abwertung beinhaltet. Das Währungssystem von Bretton Woods könne dabei ebenso wie die Erfahrung mit der »Währungsschlange« in der EG der 1970er und 1980er Jahre als Vorbild dienen (2012, 71f). Vergangene Fehlentwicklungen der Europa-Politik sollen durch die Rückkehr zum »sozialdemokratischen Staat« bzw. zum »demokratischen Kapitalismus« auf der nationalen Ebene korrigiert werden. Die Demokratie und darin eingeschlossen der Sozialstaat blieben »eng an den Nationalstaat und seine Souveränität gebunden« (Beckert/Streeck 2012, 17). Dabei wird jedoch übersehen, dass die Krise des alten Korporatismus der 1970er Jahre durch a) die Globalisierung, b) den Niedergang der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seit den 1970er Jahren und c) die Prozesse der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der EU selbst seit dieser Zeit eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen ausschließt. Die Positionen von Streeck und Scharpf sind heute in der deutschen und der europäischen Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähig; denn diese bekennt sich zum Lissabon-Vertrag und tritt für eine Vertiefung der Integration ein.

Sehr viel näher bei der Führung der SPD steht hingegen ein Vorschlag für einen »Kurswechsel für Europa«, den im August 2012 Jürgen Habermas, Peter Bofinger und Julian Nida-Rümelin – in Abstimmung mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel – in der FAZ formuliert haben. Die »Rückkehr zu nationalen Währungen« – als eine der beiden »in sich stimmigen Strategien zur Überwindung der aktuellen Krise« – lehnen sie ab, denn »jedes einzelne Land wäre den unberechenbaren Schwankungen hochspekulativer Devisenmärkte« ausgesetzt. Stattdessen fordern sie eine »institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum mit dem weitergehenden Ziel, die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen«. Sie kritisieren die Politik der deutschen Bundesregierung (>Fiskaldiktatur<), die sowohl die »Eskalation« der Krise als auch den »inzwischen fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie« noch vorantreibt. Stattdessen setzen sie sich für einen »großen Integrationsschritt« nach vorne ein: »Eine Souveränitätsübertragung auf Europäische Institutionen ist [...] unvermeidlich, um Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen und zudem ein stabiles Finanzsystem zu garantieren«. Dazu bedürfe es »einer stärkeren Koordinierung« der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer mit dem Ziel, a) »die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen« sowie b) »eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen des Euroraums« herbeizuführen, die allerdings mit einer »strikten gemeinschaftlichen Kontrolle über die nationalen Haushalte einhergehen« müsse. Die Bundesrepublik sollte die Initiative für einen Verfassungskonvent ergreifen, der die »Gründung eines politisch geeinten, *kerneuropäischen* Währungs-

gebietes« vorbereitet und durch ein Referendum legitimiert. Nur auf diese Weise könnten die Krise bewältigt und die »strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone« überwunden werden. Die politische Integration dürfe nicht nur als Antwort auf die Eurokrise begriffen werden. Sie sei vielmehr vor allem die europäische Antwort auf die Veränderung der Weltordnung im 21. Jahrhundert: »Die Wahrnehmung der weltpolitischen Machtverschiebung von West nach Ost und das Gespür für eine Veränderung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten rücken die synergetischen Vorteile einer europäischen Einigung in ein anderes Licht.« (2012)

Mit solchen Positionierungen entfernt sich die Habermas-Initiative weit von den strategischen Überlegungen der Linken in der EU. Während diese einerseits die Furcht von Habermas vor einem Rückfall nationalistische Positionen teilen, kritisieren sie andererseits, dass er auf eine Kritik des Klassencharakters sowohl der neoliberalen Restrukturierung der EU seit den 1990er Jahren als auch des Krisenmanagements unter deutscher Führung verzichtet. Der »Kurswechsel für Europa« argumentiert wesentlich politisch: für eine Vertiefung der *politischen* Integration. Die Analyse des »mangelnden politischen Willens«, den auch die Föderalisten immer wieder beklagen, wird nicht auf die inneren Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus und der neoliberalen Politik zurückbezogen. Perry Anderson, einst ein großer Bewunderer von Habermas, beklagt deshalb: Aus dem einstigen »hegelianischen Marxisten« sei »ein pragmatischer Kantianer geworden. Die Klassengesellschaft ist aus Europa verschwunden – dort gibt es jetzt nur noch eine Gesellschaft von Staatsbürgern.« (2011, 513; 2012, 13ff)

Innerhalb der Partei der Europäischen Linken vertritt eine Mehrheit ein Programm, das a) die Kritik am Krisenmanagement und der Austeritätspolitik mit einer alternativen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik für die EU verbindet und b) auf dem Zusammenhang zwischen dem Kampf um einen Veränderung der Politik (und der sie begründenden Machtverhältnisse) »zu Hause« und der »Neubegründung« Europas besteht. Diese Position – das »proeuropäisch-soziale Projekt« (Buckel u.a. 2012, 38ff) – stellt die EU und auch den Euro zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Frage. Die »Neubegründung« Europas soll auch dem Rückfall in den Nationalismus und der damit einhergehenden Stärkung rechtspopulistischer und neonazistischer Positionen entgegenwirken. Gleichzeitig gehen die Anhänger dieser Position von der Erkenntnis aus, dass sich bei einer realistischen Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse die radikale Linke eher in einer Randposition befindet und deshalb in Bündniskonstellationen danach streben muss, mehr Einfluss auf die Debatten über die Alternativen zur Eurokrise zu gewinnen. Gleichwohl kann es nicht Ziel der Linken sein, an einer solchen Katastrophenpolitik mitzuwirken, in der sich insbesondere die Arbeits- und Lebensbedingungen der subalternen Klassen weiter verschlechtern. Das 20. Jahrhundert hat der Linken immerhin auch die Lehre vermittelt, dass eine Politik des »Je schlechter, desto besser!« nicht zur Revolution, sondern zum Sieg der finstersten Kräfte der Reaktion geführt hat. Dass in der gegenwärtigen Situation eine Politik des »radikalen Reformismus« und nicht ein abstrakter (europäischer) Revolutionarismus angemessen sei, wird in der Linken auch von

denjenigen vertreten, die die Staatsorientierung der linken Parteien kritisieren und stattdessen auf die Kraft von sozialen Basisbewegungen setzen (vgl. z.B. Huke/Schlemmermeyer 2012).

Anfang 2012 wurde in Deutschland ein Aufruf »Europa neu begründen!« veröffentlicht, der von führenden Gewerkschaftern und Wissenschaftlern unterzeichnet war.<sup>1</sup> Mit diesem Aufruf sollte deutlich werden, dass es auch in Deutschland Kritik und Widerstand gegen »die desaströse Krisenpolitik« gibt, die den »Fiskalpakt« ablehnt und für eine »Neuverhandlung des fiskalischen Rahmens« der EU eintritt. Europa befinde sich in einer »Existenzkrise«, die sowohl durch die falschen Weichenstellungen der Vergangenheit als auch durch die Große Krise seit 2008 und die Austeritätspolitik und ihre Folgen hervorgerufen und verschärft wird. Für Europa müssten die Weichen neu in die Richtung eines »solidarischen und demokratischen Projektes« gestellt werden. Dabei komme Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Vordringlich seien die Kontrolle der Finanzmärkte, die gemeinsame Haftung für Staatsanleihen, die Entkoppelung der Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten, die Verpflichtung der europäischen Geldpolitik auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele. Dabei betont der Aufruf ausdrücklich die Bedeutung der »Hausaufgaben«, die – auch für die Gewerkschaften – vor Ort, also in Deutschland angegangen werden müssen. »In Deutschland müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren, um die ständige Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zu beenden, den Binnenmarkt zu stärken und Ungleichgewichten in der EU entgegenzuwirken. Ebenfalls unverzichtbar sind eine umfassende Reregulierung des Arbeitsmarktes und eine Zurückdrängung des Niedriglohnssektors und der prekären Arbeit.« Ein wirklicher »Pfadwechsel« verlange freilich tiefer greifende Reformen: Die EU müsse sich zu einer »Transferunion« weiterentwickeln, d.h. Ausgleichszahlungen müssten helfen, »die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raumes abzubauen« – und: Es bedürfe einer »Demokratieoffensive«, die dem »Elitenprojekt« bzw. der »Fassadendemokratie« ein Ende bereite und nicht nur die Rechte der Parlamente gegenüber den Regierungen verteidigt, sondern auch »in Kernfragen Europas« Volksabstimmungen zulässt. Nur so könne der europäische Einigungsprozess durch eine »neue identitätsstiftende Leitidee« aus der Krise geführt werden.

1 Zu den Initiatoren gehörten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban sowie der Ökonom Rudolf Hickel. – Klaus Dräger (2012, 53f) hat mit Recht auf gravierende Widersprüche in den Äußerungen führender Gewerkschafter aufmerksam gemacht. »Der DGB fordert ein Zukunftsprogramm für Wachstum und Beschäftigung, beklagt die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte und fordert einen höheren Beitrag von Vermögenden, Kapitaleinkünften und hohen Einkommen zur Bewältigung der Krise. Letzteres hinderte den DGB allerdings nicht daran, Ende September 2011 gemeinsam mit Arbeitgeberpräsident Hundt den Bundestag aufzufordern, dem Eurorettungsschirm ESFS zuzustimmen [...]. In staatsmännischer Pose hatten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden aller Einzelgewerkschaften mit großformatigen Anzeigen in Tageszeitungen für die Zustimmung zum ESFS geworben: ›Ja zu Europa – ja zum Euro!‹«.

Das Programm der Neugründung bzw. des »Pfadwechsels« kann allerdings nur dann praktisch wirksam werden, wenn breite Volksbewegungen von unten – vor allem gewerkschaftlicher Widerstand – die herrschenden ideologischen und politischen Machtverhältnisse in der EU entscheidend verändern. Wenn die Initiatoren solcher Aufrufe und Alternativprogramme an einem »europäisch-sozialen Projekt« (mit einer europäischen Wirtschaftsregierung, einheitlichen sozialen Mindeststandards und Eurobonds) festhalten, so wissen sie, dass in der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzungen primär eine Diskursverschiebung auf dem Felde der Europapolitik – als Moment der Konstruktion eines gegenhegemonialen Projektes – erreicht werden muss, die auf der Kritik der herrschenden Politik basiert, den Zusammenhang zwischen der Eurokrise und den nationalen Machtverhältnissen berücksichtigt, aber zugleich die Notwendigkeit und Möglichkeit eines alternativen Entwicklungspfades begründet.

#### Ausblick

Die gelegentlich verwirrende Vielfalt von Positionen in der europäischen Linken, auch der heftige Streit zwischen ihnen, ist Ausdruck nicht nur der Schwäche, sondern auch der nach wie vor bestehenden Kluft zwischen den programmatischen Diskursen der Linken und realen Bewegungen aus den subalternen Klassen und Klassenfraktionen, die sich gegen die herrschende Politik in Europa und im eigenen Lande wenden. Mit anderen Worten: Die Schwäche der Linken und die Passivität der subalternen Klassen bedingen sich wechselseitig. Darin reflektiert sich zugleich ein spezifisches Moment im historischen Vergleich der großen Krisen: Nach dem tiefen weltpolitischen Einschnitt der Jahre 1989-91, nach den historischen Niederlagen, die die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegungslinke im letzten Viertel des 20. Jahrhundert hinnehmen musste, befindet sich die Linke in einem Prozess des Neuaufbaus bzw. der Neugründung, der äußerst diskontinuierlich verläuft – ein Lernprozess, der nicht nur die Aufarbeitung vergangener Fehler und Fehlentwicklungen betrifft, sondern insbesondere die Rückgewinnung der Verbindung der intellektuellen, politischen und sozialen Linken zu den subalternen Massen.

Die Rekonstruktion der kapitalismuskritischen Linken und der Aufbau von Gegenhegemonie befinden sich nach wie vor in einer frühen Phase, in der der Einfluss auf die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse der Klassen immer noch gering bleibt. Gleichwohl artikuliert sich – über Europa hinaus – die theoretische wie die praktische Kritik an den herrschenden Verhältnissen in vielfältigen Formen: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), organisierte Arbeiterbewegung/Gewerkschaften und politische Linke, eine Vielzahl von sozialen Bewegungen, die »sich gegen Vertreibung und Enteignung wehren (gegen Gentrifizierung, Industrieansiedlungen, Staudammprojekte, Wasserprivatisierung, den Abbau sozialer Dienste und öffentlicher Ausbildungsmöglichkeiten usw.)« (Harvey 2010, 23), Bewegungen aus der von Prekarität bedrohten Mittelklasse, die den Finanzmarktkapitalismus attackieren (Occupy, Indignados) und schließlich

»emanzipatorische Bewegungen zu Identitätsfragen – Frauen, Kinder, Schwule, rassische, ethnische und religiöse Minderheiten« sowie eine Vielzahl von ökologischen Bewegungen (24). In Nordafrikas »Arabellion« sind es junge, zum Teil hoch qualifizierte Menschen, die nicht nur gegen Elend und Unterdrückung, gegen externe Abhängigkeit, sondern auch gegen die ihnen aufgezwungene Perspektivlosigkeit (bei mehr als 50 Prozent Arbeitslosigkeit für junge Menschen) revoltieren.

Die Positionierung der Linken in der Eurokrise im Kontext des zunehmenden gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Widerstands gegen die Austeritätspolitik bildet ein Element dieser weltweiten Formierung von Kritik und Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. Darin wird zugleich deutlich, dass die verschiedenen Projekte und praktischen Organisationsansätze der Linken sich in diesem Kontext ganz selbstverständlich als Teil einer »Mosaiklinken« (Hans-Jürgen Urban) zu verstehen haben, die durch ihre Vielfalt, aber auch durch wechselseitigen Respekt gekennzeichnet ist. Es wird allerdings noch »einer Menge Arbeit bedürfen, um diese verschiedenen Strömungen in Bezug auf die grundlegende Frage zusammenzuführen: Kann sich die Welt materiell, gesellschaftlich, geistig und politisch derartig verändern, dass sich nicht nur die schrecklichen gesellschaftlichen und ökologischen Verhältnisse in großen Teilen der Welt bekämpfen lassen, sondern auch die Verewigung des endlosen Wirtschaftswachstums?« (Harvey 2010, 25).

#### Literatur

- Abendroth, Wolfgang, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt/M 1964  
 Anderson, Perry, *The New Old World*, London-New York 2011  
 Ders., »Deutsche Hegemonie und ›blaue Blume der Demokratie‹«, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 4. Jg., 2012, H. 2, 12-9  
 Beckert, Jens, u. Wolfgang Streeck, »Die Fiskalkrise und die Einheit Europas«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62. Jg., 2012, H. 4, 7-17  
 Bieling, Hans-Jürgen, *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*, Wiesbaden 2010  
 Buckel, Sonja, Fabian Georgi, John Kannankulam u. Jens Wissel, »... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zu Welt kommen kann«. Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise«, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.), *Die EU in der Krise*, Münster 2012, 12-49  
 Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt u. Anna Streithorst (Hg.), *Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa*, Berlin 2010  
 Deppe, Frank, »Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf. Zur Europa-Politik der Kommunistischen Parteien«, in: ders. (Hg.), *Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration*, Köln 1976, 317-68  
 Ders., »Interregnum – Große Krisen im Vergleich«, in: ders., Wolfgang Meixner, u. Günther Pallaver (Hg.), *Widerworte. Philosophie, Politik, Kommunikation, Festschrift für Jörg Becker*, Innsbruck 2011, 89-104  
 Ders., *Gewerkschaften in der Großen Transformation*, Köln 2012  
 Dräger, Klaus, »Euro-Krise« – strategielose Gewerkschaften und Linke«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 23. Jg., 2012, Nr. 91, 48-58

Haberl, Othmar, u. Lutz Niethammer, *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt/M 1986

Habermas, Peter Bofinger, u. Julian Nida-Rümelin, »Einspruch gegen die Fassadendemokratie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.8.2012, 33

Händel, Thomas, u. Frank Puskarev, »Europa – ein linkes Projekt?«, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 4. Jg., 2012, H. 2, 40-5

Harvey, David, *Den antikapitalistischen Übergang organisieren*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 37. Jg., 2010, H. 11

Huke, Nikolai, u. Jan Schlemmermeyer, »Warum so staatstragend? Die Krisen der repräsentativen Demokratie in der Euro-Krise als Chance für radikalen Reformismus und gesellschaftliche Emanzipation«, in: *Prokla*, 42. Jg., 2012, Nr. 168, H. 3, 455-66

Lapavistas, Costas (2012a), »Default and Exit from the Eurozone: A Radical Left Strategy«, in: Panitch, Leo u.a. (Hg.), *Socialist Register 2012, The Crisis and the Left*, London-New York 2012, 288-97

Ders. (2012b), »Soll Griechenland den Euro aufgeben?«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, 23. Jg., 2012, Nr. 91, 43-7

Lehndorff, Steffen (Hg.), *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien*, Hamburg 2012

Lenin, W.I., »Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa« (1915), in: ders.: *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Bd. 1, Berlin, 75861

Levi, Luicio, »Il Federalismo«, in: Bravo, Gian Mario, u. Silvia Rota (Hg.), *Il Pensiero Politico contemporaneo*, Vol. III, Milano 1987, 609-720

Oberndorfer, Lukas, »Die Renaissance des autoritären Liberalismus?«, in: *Prokla*, 42. Jg., 2012, H. 3, Nr. 168, 413-32

Panitch, Leo, u. Sam Gindin, *The Making of the American Empire*, New York 2012

Scharpf, Fritz W., *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/M-New York 1999

Spinelli, Altiero, u. Ernesto Rossi, *Manifesto di Ventotene (1941/44)*, Torino 2001

Stiglitz, Joseph, *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, München 2012

Streeck, Wolfgang, »A Crisis of Democratic Capitalism«, in: *New Left Review*, 67. Jg., 2011, Nr. 71, Sept-Okt, 1-25

Ders., »Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 56. Jg., 2012, H. 12, 61-72

Steffen Lehndorff

## Verschiedene Welten?

### Gewerkschaften in der europäischen Krise

In den Idealen und der Rhetorik von Gewerkschaften spielt internationale Solidarität eine gewichtige Rolle. Ihre Praxis jedoch bewegt sich zu allererst innerhalb der Nationalstaaten, in denen sie im 20. Jahrhundert ihre bedeutendsten Erfolge erreichen konnten. So ist auch das vielbeschworene ›Europäische Sozialmodell‹ keine gemeinschaftliche europäische Errungenschaft, sondern ein gedachter oder gewünschter gemeinsamer Nenner der existierenden nationalen Sozialstaaten in Europa. Dasselbe gilt für Tarifvertragssysteme, das Streikrecht oder die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Bildung betrieblicher Interessenvertretungen. Ausgerechnet diese nationalen Errungenschaften werden jetzt wenn nicht durch, so doch mit Hilfe der EU und ihrer Institutionen unterminiert (Wickham 2012). Seit 2010 wird im Namen Europas in den Krisenländern das radikalste Sozialabbau-Programm der EU-Geschichte durchgesetzt.

In Deutschland und der kleiner werdenden Gruppe der übrigen sogen. ›Kernländer‹ der Eurozone dagegen, aber auch und vor allem in Nordeuropa können die Gewerkschaften und die Masse ihrer Mitglieder noch den Eindruck haben, in einer anderen Welt zu leben. Die nationalen gewerkschaftspolitischen Konfliktfelder driften auseinander. Doch die krisenverschärfende Krisenbekämpfungspolitik in der EU konfrontiert herkömmliche Modelle von Gewerkschaftspolitik mehr und mehr mit ihren nationalstaatlichen Grenzen. Dies ist das Thema des vorliegenden Aufsatzes.

Um zu zeigen, wie sehr die europäische Krisenpolitik die Schicksale der Gewerkschaften verschiedener Länder miteinander verknüpft, konzentriere ich mich im Folgenden einerseits auf die Gewerkschaften einiger von der Krise besonders betroffener Länder, und andererseits auf die deutschen Gewerkschaften. Die europäische Politik wird heute derart weitgehend durch Entscheidungen der Berliner Regierung und Interessen der deutschen Wirtschaft dominiert, dass die zukünftige politische Entwicklung in Deutschland eine Schlüsselrolle für den von den Gewerkschaften auf Kongressen oder in Resolutionen geforderten ›Kurswechsel‹ in Europa spielt. Für die deutschen Gewerkschaften erwächst daraus die Frage, welchen *praktischen* Beitrag sie zu diesem Kurswechsel leisten können.

#### 1. Gewerkschaften und Arbeitsmarktinstitutionen

Die Fähigkeit von Gewerkschaften, Druck auf Arbeitgeber oder Regierungen auszuüben, beruht in letzter Instanz auf der Zahl ihrer Mitglieder und auf deren Möglichkeiten, Produktions- und Dienstleistungsprozesse zeitweilig zum Erliegen